

II-10809 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5427/J

1990-04-25

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Änderung des Lohnpfändungsgesetzes

Nach einer Veröffentlichung im Statistischen Handbuch für die Republik Österreich aus dem Jahr 1989 ist in den letzten 13 Jahren die Summe der aushaftenden Kredite an Privatpersonen von 64 Mrd. auf rund 310 Mrd. Schilling angestiegen. Angesichts dieser Entwicklung ist das zunehmende öffentliche Interesse an diesem Problem verständlich.

Dem Vernehmen nach wird in Ihrem Ressort an einer Novellierung des Lohnpfändungsgesetzes gearbeitet. In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

A n f r a g e:

1. Wie weit sind in Ihrem Ressort die Vorarbeiten für eine Änderung des Lohnpfändungsgesetzes gediehen?
2. Was sind die wesentlichen Inhalte Ihres Reformvorschlages?
3. Sind Sie bereit, das Existenzminimum in der Höhe des Ausgleichszulagensatzes festzusetzen?
4. Werden Sie dem Nationalrat noch in dieser Gesetzgebungsperiode einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag zuleiten?